

Auch Sie können etwas tun

Schreiben Sie an den Präsidenten der Republik
Simbabwe Emerson D Mnangagwa

Briefe

PRÄSIDENT DER REPUBLIK SIMBABWE
His Excellency President Emmerson Mnangagwa
Office of the President,
Munhumutapa Building
Samora Machel Avenue
Harare,
SIMBABWE
(Anrede: Your Excellency / Exzellenz)

Emails

info@opc.gov.zw

Tweets

[@edmnangagwa](https://twitter.com/edmnangagwa)

mit den Forderungen:

- Beenden Sie unverzüglich das Vorgehen der Sicherheitskräfte und Milizen gegen unbewaffnete Zivilisten in Simbabwe.
- Stellen Sie sicher, dass die Sicherheitskräfte für die brutalen Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Folter, Vergewaltigung, Schläge und Tötungen von Zivilisten, zur Verantwortung gezogen werden.
- Stellen Sie sicher, dass unverzüglich Ermittlungen über die Vergewaltigung und den sonstigen sexuellen Missbrauch von Frauen durch die Sicherheitskräfte durchgeführt werden und dass alle Täter im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren zur Verantwortung gezogen werden.
- Stellen Sie sicher, dass die Opfer von Gewalt oder ihre Angehörigen Zugang zum Recht haben, einschließlich der angemessenen Entschädigung sowie des Zugangs zu psychosozialer und traumatischer Beratung.
- Stellen Sie sicher, dass Familien Fälle von Angriffen, Schlägen und Verletzungen durch die Sicherheitskräfte melden können, ohne Angst vor Repressalien zu haben.

Amnesty International, Koordinationsgruppe südliches Afrika, Cordula Kroll,
amnesty-zimbabwe@gmx.de; W: <https://amnesty-suedliches-afrika.de/>
Titelbild: Ein Polizeibeamter geht inmitten von Rauch während einer Demonstration
gegen die drastische Erhöhung der Kraftstoffpreise am 14. Januar 2019 in der
Gemeinde Emakhandeni, Bulawayo. (ZINYANGE AUNTONY/AFP/Getty Images)



OPERATION FURCHT UND SCHRECKEN VERBREITEN

BRUTALE NIEDERSCHLAGUNG DES
GENERALSTREIKS IN SIMBABWE
VOM 12. BIS 14. JANUAR 2019

AMNESTY
INTERNATIONAL 

Tage der Finsternis in Simbabwe

Auslöser war am 12. Januar 2019 die Ankündigung des Präsidenten Emerson Mnangagwa, dass vom Folgetag an die Benzinpreise um 150 Prozent erhöht würden. Daraufhin rief der Gewerkschaftsdachverband zu einem Generalstreik vom 14. bis 16 Januar auf.

Die Regierung antwortete darauf mit brutaler Gewalt. Sie entsandte nicht nur die Polizei und Sicherheitsdienste auf die Straßen, sondern verfassungswidrig auch das Militär ausgerüstet mit Maschinengewehren vom Typ Kalaschnikow (AK 47) – ein ‚de-facto‘-Ausnahmestand.

An dessen Ende waren 16 Demonstranten erschossen und über 1000 Menschen verhaftet, darunter auch Kinder und Jugendliche. Hunderte wurden verletzt. In den Haftorten kam es viel hundertfach zu Folter und Misshandlungen. Mindestens 16. Frauen wurden von Soldaten oder von Polizisten in ihrem Auftrag vergewaltigt. Auch Schwangere wurden nicht verschont. Eine von ihnen verlor darauf ihr Baby durch eine Fehlgeburt.

Bei der Unterdrückung des Protestes ging die Regierung gezielt gegen Menschenrechtsaktivisten und Mitglieder der Zivilgesellschaft vor: Verhaftungskommandos zogen von Tür zu Tür oder drangen nach vorgefertigten Listen gewaltsam in Häuser ein. Fanden sie die Gesuchten dort nicht vor, nahmen sie Familienangehörige mit, um aus ihnen den Aufenthaltsort von Gesuchten zu erpressen.

Vollständiger Bericht: ‘Open for business’ – closed for dissent unter:
<https://www.amnesty.org/download/Documents/AFR4698242019ENGLISH.pdf>



16 Tote
Hunderte Verletzte
Folter und
Misshandlungen
16 Vergewaltigte
1055 Verhaftete

Systematische
Verfolgung von
Menschenrechts-
Aktivisten und
Mitgliedern der
Zivilgesellschaft

Als Hoffnungstäter angetreten

Als im November 2017 das Militär in Simbabwe den Rücktritt des Dauerherrschers Robert Mugabe erzwang und Emerson Mnangagwa zu seinem Nachfolger kürte, kam endlich ein Schimmer Hoffnung auf. Für Amnesty International war er ein erklärter Gegner der Todesstrafe.

Nach seiner Amtsübernahme als Präsident im Jahr 2017 versprach Mnangagwa: *„Lasst Menschen durch unsere guten Taten, unsere Sprache und unsere positive Energie ein neues Gesicht sehen, wie wir sie zu einem besseren Morgen inspirieren, zu dem Simbabwe, das sie wollen.“*

Aber Mnangagwa war lange Jahre ein getreuer Helfer Mugabes u.a. als Minister des Innern und Minister der Verteidigung. Nun belohnte er das Militär mit Ministerposten und setzte es verfassungswidrig gegen Demonstranten ein.

Dies geschah zum ersten Mal am 1. August 2018 bei Protesten nach der höchst umstrittenen Wahl. Sechs Menschen wurden getötet und 35 schwer verletzt.

Treibende Kraft der dann einsetzenden Entwicklung, war die sich weiter verschärfende Wirtschaftskrise. Im Dezember 2018 streikten die Ärzte für eine Bezahlung durch US-Dollar anstelle der schwindsüchtigen Hilfswährung genannt „Bonds-Notes“. Dem folgte am 8. Januar 2019 die Ankündigung eines Streiks aller Staatsbediensteten.

Und dann am 12. Januar 2019 der verzweifelte Versuch, durch die massive Erhöhung der Benzinpreise die Staatsfinanzen aufzubessern.

Eine Besserung ist nicht in Sicht, die Gefahr schwerer Menschenrechtsverletzungen nicht gebannt.

„ Ich habe Angst, nach Simbabwe zurück-zukehren, weil das Regime brutaler geworden ist. Wir haben dieses Ausmaß an Straflosigkeit seit Jahren nicht mehr erlebt.

Oppositionsabgeordneter